

## Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Berlin

Der Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Berlin war die bisher größte Veranstaltung der studentischen Atomrüstungsgegner in der Bundesrepublik. Geplant seit Juni 1958, fand er zu einem Zeitpunkt und an einem Ort statt, an dem die Bedeutung dieses Ereignisses von seinen Gegnern nicht verschwiegen, von seinen Freunden nur begrüßt werden konnte. Schon vor Beginn wurde der Kongreß durch die Westberliner Presse mit allzu deutlichem Mißbehagen als „Dilettantismus“ und als „politische Ahnungslosigkeit“ bezeichnet, und wieder waren es die bösen Kommunisten, die nach Meinung dieser Presse Regie bei den Studenten führen würden. — Aber man hatte sich auf diesem Kongreß gegen jede „Unterwanderung“ sorgfältig abgeschirmt. Man war nicht gewillt, sich von irgendeiner Seite gängeln zu lassen, — auch nicht von bonn-geneigten Politikern in Westberlin und einer regierungstreuen Presse.

### So begann es

Der Kongreß wurde am 3. Januar morgens in Anwesenheit aller Teilnehmer: des Plenums, des Präsidiums, der Referenten und der Kongreßleitung eröffnet. Als Erster hatte Prof. Helmut Gollwitzer (Berlin) als Mitglied des Präsidiums das Wort. Seine Begrüßung gab auch inhaltlich dem Kongreß Auftakt und Richtung, indem er mit aller Klarheit formulierte, was allen bewußt war und was zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort gesagt werden mußte: Die Atomrüstung gibt uns keine Sicherheit, sie hat als erstes Berlin gefährdet. — Nach ihm sprach Dr. Walter Menzel als Vorsitzender des Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod (Bonn) und als beauftragter Vertreter des Parteivorstandes der SPD. Kurt Mattik, als stellvertretender Vorsitzender der Berliner SPD, wurde, als er an das Mikrophon trat, von einem Teil des Plenums mit Zischen begrüßt, was offensichtlich weniger seiner Person als dem politischen Kurs seiner Berliner Parteifreunde galt, die er vor dem Kongreß zu vertreten hatte. Mißfallenskundgebungen wiederholten sich, als er — fast apologetisch für die Bonner Politik eintretend — die Gefahr der westdeutschen Atomrüstung durch den Hinweis auf die „Gefahr totalitärer Kräfte in unserer Welt“ zu verharmlosen suchte. Solche Argumentation erinnerte allzusehr an die Regierungsterminologie und ihre Verschleierungsmethoden; Dr. Müller-Gangloff sprach als Vorsitzender des Berliner Arbeitsausschusses gegen den Atomtod; Bertil Svahnström von der „Aktionsgruppen mot Svensk Atombomben“ (Stockholm) überbrachte Grüße aus Schweden; Prof. Wagner (London) überbrachte Grüße aus England; Manfred Rexin, als studentischer Sprecher der Kongreß-Leitung, teilte Grußadressen mit von Dr. Günther Anders, Stefan Andres, Philip Noel Baker, Prof. Max Born, Albrecht Goes, Prof. Walter Jens, Gertrud von Le Fort, Frau Prof. Riembeck und Prof. Walter Hagemann (die Grüße letzterer wurden mit anhaltendem Beifall entgegen genommen), Bertrand Russell, Herbert Wehner, Prof. Konrad Zweigert, dem Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz, dem Vorsitzenden der IG Bergbau, Guthermut, dem Vorsitzenden der IG Metall, Brenner, u.v.a.m. Brenner forderte in seiner Grußadresse den Kongreß auf, die Zusammenarbeit zwischen studentischer Jugend und westdeutscher Arbeiterschaft im Kampf gegen die Atomrüstung zu intensivieren, eine Aufforderung, die mit Zustimmung angehört und durch Abstimmung im Plenum positiv beantwortet wurde.

Schon diese Eröffnungssitzung hatte über das Anliegen der in Berlin versammelten Studenten keinen Zweifel gelassen: Man wollte ohne Rücksicht auf Eigeninteressen irgendwelcher Gruppen des öffentlichen Lebens über jene Fragen diskutieren, die heute von vordringlicher Bedeutung sind. Man wollte gemäß altem akademischen Brauch durch „keinerlei äußere Rücksichten eingeschränkt“ nach der Sache und der ihr immanenten Wahrheit fragen. Man war weder bereit, sich Phrasen anzuhören, noch die bestellten und erwarteten politisch destruktiven Bekenntnisse abzuliefern.

### Der Kongreß — eine Arbeitstagung

Der Kongreß war seiner gesamten Anlage nach ein Arbeitskongreß. Hier hatte man die Möglichkeit, über alle lokalen Schwierigkeiten hinweg Erkenntnisse auszutauschen, neue Fragen zu hören und weitere Antworten zu finden. Fast alle Teilnehmer standen seit nunmehr bald einem Jahr im politischen Kampf gegen die Atomaufrüstung, hatten seit Beginn des Winter-Semesters durch Diskussions- und Vortragsabende, durch Flugblattaktionen und Zeitschriftenartikel den Kongreß vorbereitet, waren zur Zielscheibe öffentlicher und persönlicher Diffamierungen ihrer CDU-orientierten Kommilitonen geworden und hatten die politischen Ereignisse des zweiten Halbjahrs 1958: Libanon, Formosa, Genf, Berlin in besonderer Weise zur Kenntnis genommen — Ereignisse, welche die Verhinderung der Atomaufrüstung erneut zwingend gemacht haben und welche — nachdem sie öffentlich und intern schon seit Monaten Gegenstand vieler Diskussionen und Auseinandersetzungen gewesen waren — auf dem Kongreß neu zur Sprache gebracht werden mußten. So vorbereitet ist weitaus die Mehrheit der Teilnehmer nach Berlin gefahren und auf solcher Grundlage ist in den fünf Arbeitsausschüssen diskutiert worden. Sie nannten sich: „Atomrüstung und Demokratie“ (Referenten: Dr. Robert Jungk, Zürich, und Dr. Hanfried Lenz, München); „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ (Referenten: Probst D. Heinrich Grüber, Berlin, und Erich Kuby, München); „Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte“ (Referenten: Helmut Schmidt, MdB, Hamburg, und Prof. Dr. Gerd Burkardt, Hannover); „Atomrüstung und die Verantwortung des Wissenschaftlers“ (Referenten: Prof. Dr. Wilhelm Weischedel, Berlin, und Prof. Dr. med. W. Bauermeister, Köln); „Atomrüstung und christliche Verantwortung“ (Referent: Prof. Dr. Martin Fischer). Die gegenwärtig betriebene psychologische Vorbereitung der Aktion „Macht das Tor auf“ und die schon vor dem Kongreß erfolgte Diffamierung der Teilnehmer durch die Westberliner Presse verpflichtete den Kongreß zu sauberer und rationaler Argumentation.

### Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen und ihre Ergebnisse

Die Hauptthemen der Diskussion waren bestimmt durch die gemeinsame Ablehnung der bundesrepublikanischen Atomrüstung, welche eine Bedrohung der innenpolitischen Rechtsstaatlichkeit in der BRD und des mitteleuropäischen und internationalen Friedens darstellt. — So stand in der Arbeitsgruppe „Atomrüstung und Demokratie“ die These von Robert Jungk „Atomrüstung und Demokratie schließen einander aus“ im Vordergrund. Diese Formulierung fand in der abschließenden Plenärsitzung keine Mehrheit, während die Hauptresolution, welche die Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppen weitgehend zusammenfaßt, nahezu einstimmig angenommen wurde. Es heißt darin:

„Demokratie beruht auf der Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens politischer Gegensätze. Der mit der Atomrüstung zusammenhängende Fanatismus und die Konzentration der Verfügungsgewalt in den Händen weniger unterhöheln

aber dieses Prinzip. So ist die Bewegung gegen die Atomrüstung eine Bewegung für die Demokratie, wie sie der Westen proklamiert und nach deren Regeln auch dieser Kongreß über Spielraum für seine Arbeit verfügt."

In dem Arbeitsausschuß „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ ging es um die zentralen Probleme der gegenwärtigen Deutschlandpolitik in Ost und West, um die Gefährdung des Weltfriedens durch eine atomare Aufrüstung im zweigeteilten Deutschland und um die Notwendigkeit einer Überwindung der deutschen Spaltung, als Voraussetzung der mitteleuropäischen Entspannung. Ein durch Wahl berufenes Redaktionskollegium — dem u. a. Erich Kuby angehörte — verfaßte gegen Ende der letzten Arbeitssitzung dieses Ausschusses jene berühmt gewordene Resolution, die den Kongreß zu einem Politikum ersten Ranges gemacht hat und damit die Hoffnungen all derer endgültig zerschlug, die in der deutschen Studentenschaft noch heute den Hort der Reaktion und die Hochburg eines restaurativen Konservatismus gesichert glaubten. Die sorgfältig formulierte Resolution lautet:

„Die weltpolitische Lage wird in Kürze die beiden Teile Deutschland zwingen, miteinander zu verhandeln. Damit solche Verhandlungen möglich werden, ist es nötig, daß Formeln wie ‚Mit Pankow wird nicht verhandelt‘ aus der politischen Argumentation verschwinden. Das Ziel notwendiger Verhandlungen, die bisher stets von der Bundesregierung zurückgewiesen wurden, muß sein: 1. Die Umrise eines Friedensvertrages zu entwickeln, 2. die möglichen Formen einer interimistischen Konföderation zu prüfen.“

Über den Verlauf der Plenarsitzung, die anläßlich dieser Resolution beinahe gesprengt worden wäre, wird noch zu berichten sein.

Im Mittelpunkt der Aussprache im Arbeitsausschuß „Atomrüstung und Außenpolitik der Weltmächte“ standen zunächst — im Anschluß an das Referat von Helmut Schmidt — militärstrategische Fragen einer schrittweisen mitteleuropäischen Abrüstung. Aber auch hier gelang es den Diskutanden, zu Fragen von politischer Bedeutung vorzustoßen, die hinter militärstrategischen Erwägungen meist nur verdeckt werden: Fragen eines Disengagement à la Healey/Gaitskell, Eden, Kennan, insbesondere Rapacki, hinsichtlich ihrer Relevanz für die Sicherung des Friedens, für einen Abbau der Positionen des kalten Krieges in Mitteleuropa und für eine Lösung des Deutschlandproblems. Die Möglichkeit von Verhandlungen mit den Ländern des Rapackiplanes und speziell mit der Regierung der DDR über Friedensvertrag und Konföderation wurde einbezogen in die Diskussion. Unumgänglich blieb darüberhinaus das Gespräch über die Ursachen des Verhaltens der SU und der USA in der Abrüstungsfrage, auf Grund der verschiedenen Wirtschaftssysteme einerseits und der außenpolitischen Interessen dieser Staaten andererseits.

#### Das Intermezzo in der Humboldt-Universität

Am Abend des ersten Tages folgten etwa hundert Kongreß-Teilnehmer einer Einladung des Rektors der Humboldt-Universität, Prof. Hartke, zu einer Aussprache mit Ostberliner Professoren, Studenten und dem Staatssekretär Girnus über das Thema: „Gemeinsam gegen den Atomtod“. Die Westberliner Besucher — die „östlich infiltrierten“, wie unsere Presse meint — protestierten daselbst an Ort und Stelle gegen die Inhaftierung ihrer Jenaer Kommilitonen und zischten, als Staatssekretär Girnus diese Proteste zurückwies unter Hinweis auf die anders gearteten Rechtsnormen in der DDR. Man diskutierte in aller Freimütigkeit über die Fragen um Friedensvertrag und Konföderation und beschloß — mit sechs Gegenstimmen — die Vorbereitung eines gesamtdeutschen Studentenkongresses gegen Atomrüstung. Diesen Beschluß interpretierte Prof. Schottländer (West-

berlin) folgendermaßen: Es könne sich dabei nicht um eine Aktionseinheit mit den Studenten der DDR handeln, vielmehr sollte praktiziert werden, was die Studenten in Ost und West von ihrer Regierung verlangen, nämlich gesamtdeutsche Gespräche und eine Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten.

### Höhepunkt — Krach — Verständigung

In der abschließenden Plenarsitzung des Kongresses wurden zunächst folgende Beschlüsse gefaßt bzw. gebilligt: Die Kongreßleitung wurde beauftragt, an den Deutschen Gewerkschaftsbund, die Deutsche Angestelltengewerkschaft und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Briefe zu senden mit der Aufforderung, den Kampf gegen die Atomrüstung mit neuer Energie fortzusetzen. Sie wurde weiterhin beauftragt, an die Bundesregierung mit der Forderung — an die Regierung der DDR mit der Bitte heranzutreten, auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr resp. der Nationalen Volksarmee zu verzichten. Es wurde beschlossen, der Regierung der DDR die Bitte des Kongresses vorzutragen, man möge das Urteil über Studentenfarrer Schmutzler revidieren. An die Delegationen der in Genf versammelten Atommächte soll ein Brief geschickt werden mit der Aufforderung, die Verhandlungen fortzusetzen und eine Einigung zu erzielen. Schließlich soll eine Informationszentrale eingerichtet werden, die alles Material über Atomrüstung und den damit verbundenen Fragenkomplexen sammelt und den örtlichen Studentenausschüssen verfügbar macht.

Es folgten die Berichte der einzelnen Arbeitsausschüsse. Schon als die Resolution der Arbeitsgruppe „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ verlesen wurde, spürte man ein erleichtertes Aufatmen im Saal. Das befreiende Wort war gefallen, auf das man weitgehend vergeblich gedrängt und gewartet hatte. Gleich nach Verlesung dieser EntschlieÙung stand ein offensichtlicher Gegner der Resolution auf und beantragte Abstimmung ohne Debatte. Es war der gleiche Student, der bei dem Resolutionsentwurf der Demokratiarbeitsgruppe eine Debatte durch solchen Antrag verhindert und damit die EntschlieÙung zu Fall gebracht hatte. Er gehörte zu jenen, die die Mitglieder der Wiedervereinigungsgruppe später beschuldigten, „mit Hilfe von Geschäftsordnungstricks ohne Debatte . . . eine EntschlieÙung durchgesetzt zu haben, die die Wiedervereinigungspolitik der DDR sehr wesentlich unterstützt“. — Sein Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, denn die Zeit drängte: zwei Stunden später sollte die Schlußkundgebung am Funkturm stattfinden. — Nachdem die Resolution — sicher zur Überraschung des Antragstellers — mit überwältigender Mehrheit (70 bis 80 %) angenommen war, verlas der studentische Sprecher der Kongreßleitung einen Brief von Prof. Stammer, in dem sich dieser von der Arbeitsweise des Ausschusses „Atomrüstung und Wiedervereinigung“ distanzierte; er zog sich dadurch das Mißfallen des Plenums zu. Nach ihm erhielt Helmut Schmidt (Hamburg) das Wort, der die Vermutung aussprach, diese Resolution sei „an anderem Ort psychologisch vorbereitet worden“, und das Plenum der „Kollaboration“ mit der FDJ bezichtigte. Das Plenum erwiderte diese Unterstellung mit Pfui-Rufen und Zischen. Helmut Schmidt gab zurück: „Ihr Verhalten erinnert mich an das Benehmen der Regierungsparteien im Bundestag!“, aus dem Plenum wurde pariert: „Und Sie verdächtigen ganz nach Kanzlerart!“, woraufhin Helmut Schmidt seine Rede am Funkturm absagte und den Kongreß verließ. Eva Mützel und einige andere Präsidiumsmitglieder schlossen sich ihm an. Was nun folgte, war außerordentlich beschämend. Der studentische Sprecher der Kongreßleitung verlas eine angebliche ADN-Meldung: „Studenten-Kongreß anerkennt DDR“, die man ihm zugeschoben hatte. (Die Meldung war fingiert, sie ist, wie inzwischen festgestellt worden ist, von ADN nicht gebracht worden!). Danach wurden „Distanzierungserklärungen“ von abwesenden

Präsidiumsmitgliedern verlesen, die z. T. ebenfalls glatt erfunden waren, gleich der fingierten „ADN-Meldung“.

Seit Helmut Schmidts demonstrativem Abgang war ein wachsender Tumult entstanden, der sich auf Grund der vorgetragenen Distanzierungs-erklärungen noch steigerte. Die lang aufgestaute Verbitterung der Studenten gegenüber der amtlichen Bonner Politik und den Halbheiten der Oppositionsparteien im Parlament war zum Durchbruch gekommen.

Die etwas ratlos gewordene Rest-Kongreßleitung bot ihren Rücktritt an. Der Vermittlung des Schweden Bertil Svahnström, des Studentensprechers Rexin, vor allem aber Probst Grübers war es zu danken, daß man sich schließlich doch wieder einigte. Die Kongreßleitung wurde erneut bestätigt und war bereit, die Kundgebung am Funkturm durchzuführen. Unter dem großen Beifall des Plenums erklärte sich Probst Grüber bereit, an Stelle von Schmidt zu sprechen. Man hörte nun noch in Ruhe die Berichte der anderen Arbeitsgruppen an und verließ, teils erleichtert, teils skeptisch den Saal. Der Rest gehörte der Presse.

Die Gegensätze auf der Plenarsitzung konnten nicht verhindern, daß man sich auf der Kundgebung zu gemeinsamer Demonstration „für ein kernwaffenfreies Deutschland“, gegen die „Hitlerei“ und für die Demokratie wieder zusammenfand. Die dadurch erneut bekundete Ubereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen konnte nur diejenigen verwundern, die nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen, daß auch die Minderheit (die gegen die „Wiedervereinigungsresolution“ gestimmt hatte) letztlich die Notwendigkeit von Verhandlungen und West-Ost-Gesprächen bejaht. Lediglich über Zeitpunkt und Form dieser Kontakte bestanden Meinungsverschiedenheiten; aber die Aktualität der umstrittenen Resolution und die Notwendigkeit, sich mit ihrem Inhalt auseinanderzusetzen, ist von niemandem bestritten worden, denn es war kein Kongreß für den kalten Krieg, nur ohne Atomwaffen, sondern ein Kongreß für den Frieden und die Verständigung zwischen den Völkern.

Es ist beschlossen worden, die Diskussion des Kongresses fortzusetzen und sie in einer „Woche für ein kernwaffenfreies Deutschland“ weiter in die Studentenschaft hineinzutragen.

Prof. Dr. Anton Neuhäusler

## **Anachronismus der Menschheit**

Hoheiten und Staatsmänner werden in Ländern, die sie offiziell besuchen, mit jenen in seltsame Haltung gebannten Menschen empfangen, die man als Soldaten mit präsentemem Gewehr bezeichnet. Die so Geehrten dürfen dann die Front abschreiten. Es ist Symbol der kriegsgesättigten menschlichen Tradition, daß die Nationen als Clou der Ehrenbezeugung noch immer nichts Besseres zu „präsentieren“ haben als ausgerechnet das Gewehr. Gewiß, man überreicht auch Blumen, vor allem, wenn es sich um weibliche Hoheiten handelt, aber das vorgehaltene Schieß Eisen, samt den ins Stillgestanden gegossenen Menschen mit Blickwendungs-Mechanismus, wird auch ihnen nicht erspart, und sie sind darüber auch nicht ungehalten.